Einzelpreis 15 Pfennig • 2. Jahrgang | Montag, den 22. September 1919 | Nr. 458 / A 250 / Morgen-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direkter Postlieferung ohne Bestellgebühr monatl. 3,— M., bei Zustellung unter Streifband 4,— M. Die „Freiheit" ist in der ersten Nachtrag der Postzeitungsliste für 1919 eingetragen.

Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III.
Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Inserate kosten die achtgespalt. Nonpareillezeile oder deren Raum 1,20 Mk., Wohnungsanzeigen das fettgedruckte Wort 50 Pf., jedes weitere Wort 25 Pf. Teuerungszuschlag 70 Proz. Bei Familien- u. Versammlungsanzeigen fällt der Zuschlag fort. Inserate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.

Inseraten-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19
Fernsprecher: Amt Norden 9768

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Friedensverhandlungen mit Rußland.

Die russische Delegation.

Mitau, 20. September.

Zu den Friedensverhandlungen in Pleskau sind von seiten Räterußlands ernannt worden: Der Volkskommissar für Verkehr Leonid Borissowitsch Krassin als Vorsitzender, Maxim Maximowitsch Litwinow, Mitglied des Kollegiums des Volkskommissariats für Auswärtiges und die Staatskontrolle, sowie Bogoljubow als Delegationmitglieder und Kostljajew, Medenow und Kuk als beratende Mitglieder.

Die Tatsache, daß die Moskauer Regierung den Genossen Krassin, den eigentlichen Leiter der russischen Wirtschaftspolitik, und Litwinow, den früheren russischen Gesandten in London, mit der Führung der Friedensverhandlungen mit den baltischen Staaten betraut hat, weist darauf hin, daß sie diesen Verhandlungen die größte Bedeutung beimißt und den ernsten Wunsch hat, zu einer Verständigung mit den Randstaaten und darüber hinaus mit der Entente zu gelangen. Krassin und Litwinow sind Vertreter der gemäßigteren Richtung in der russischen Außenpolitik, die in wichtigen Punkten der Politik Trotzkys ablehnend gegenüberstehen.

Die Randstaaten und das russische Friedensangebot.

Wie aus Kopenhagen gemeldet wird, hat der lettische Außenminister Meyerowitz in einer Pressekonferenz in Riga mitgeteilt, daß keiner der Randstaaten mit Sowjetrußland einen Sonderfrieden abschließen würde. Wenn ein Friedensschluß überhaupt zustande komme, so nur zwischen den vier oder fünf Randstaaten einerseits und den Bolschewisten andererseits. Es sei sogar noch sehr zweifelhaft, ob es überhaupt zu Friedensverhandlungen kommen würde, da die Randstaaten schwerwiegende Sicherheiten von den Bolschewisten forderten, so u. a. die Schaffung einer breiten neutralen Zone jenseits der Landesgrenzen, Garantien, daß eine bolschewistische Propaganda nicht stattfinden wird; außerdem soll Lettgallen sofort geräumt werden. Vorläufig wird höchstens mit der Möglichkeit einer Waffenruhe gerechnet. Gegenwärtig finden immer noch Kämpfe statt.

In Riga hat dieser Tage eine Konferenz der sozialdemokratischen Vertreter der Oststaaten begonnen. Die Sozialisten Finnlands, Estlands, Lettlands, Litauens sprachen auf Veranlassung der lettischen Sozialistenführer Zeelens und Menders mit Zustimmung sämtlicher Teilnehmer aus, daß die heutige Hauptaufgabe in der Verteidigung der Demokratie und der Selbständigkeit der Randstaaten gegen die deutsch-russische Reaktion bestehe. Die Arbeiterschaft müsse an dieser Verteidigung Anteil nehmen.

Zur Räumung des Baltikums.

Versailles, 19. September.

„Chicago Tribune" teilt mit, daß Marschall Foch Deutschland wegen der Armee des Generals von der Goltz kein Ultimatum überreichen werde, jedenfalls nicht sofort, weil einige Mitglieder des Fünferrats sich dagegen ausgesprochen hätten. Man habe erst vorgeschlagen, den Polen den Auftrag zu erteilen, die Deutschen aus Litauen zu verjagen, aber man habe sich dafür entschieden, daß es besser sei, Polen zu veranlassen, daß es demobilisiere, damit es sein wirtschaftliches Leben organisieren könne. Die Amerikaner glaubten nämlich, wirtschaftliche und finanzielle Repressalien gegen Deutschland würden eher dazu führen, daß die Deutschen Litauen verlassen.

Australien ratifiziert.

H. N. Haag, 21. September.

Aus Melbourne vorliegende Nachrichten besagen, daß die australische Volksvertretung durch Abstimmung das Friedensabkommen und den französisch-englisch-amerikanischen Garantievertrag genehmigt hat.

Die Lebensmittelversorgung.

Amsterdam, 20. September.

„Telegraaf" meldet aus Brüssel: Der Interalliierte Oberste Wirtschaftsrat ist heute morgen unter dem Vorsitz des belgischen Wirtschaftsministers Jaspar zusammengetreten. Unter den Delegierten befanden sich der deutsche Lebensmittelminister Roberts und die französischen Minister Clementel und Loucheur. Der Rat befaßte sich hauptsächlich mit der Frage der Lebensmittelversorgung. Die Schwierigkeiten bei dem großen Bedarf Deutschlands an Lebensmitteln und Rohstoffen bestehen in der Bezahlung. Nach den Berichten, die dem Rat vorliegen, sind in der Welt genügend Lebensmittel vorhanden, um alle Länder zu versorgen. Schwierig ist nur die Transport- und die Schiffsraumfrage. Die Berichterstatter erklärten, daß die Wollvorräte ausreichend sind, die Baumwollvorräte sind geringer. Eine gerechte Verteilung läßt sich jedoch hier ermöglichen. Die Flachsvorräte sind vollkommen unzureichend. Um die Verteilung der Lebensmittel und Rohstoffe zu sichern, werden beratende Ausschüsse in allen alliierten Ländern errichtet. Deutschland wird versorgt werden; es soll jedoch vermieden werden, daß Deutschland bald ein Konkurrent der Länder wird, die durch den Krieg gelitten haben.

Rückkehr der Kriegsgefangenen.

Munster (Lager), 20. September.

Heute abend um 9 Uhr trafen 1358 heimkehrende Kriegsgefangene aus allen Teilen Deutschlands im Lager am Bahnhof ein. Sie kommen aus den Sammellagern Meteren bei Ypern und Bailleul und wurden am letzten Montag in Bailleul verladen.

Metallarbeiterstreik in England.

Amsterdam, 21. September.

Laut „Telegraaf" meldet „Morning Post", daß in England und Wales 50 000 Metallarbeiter die Arbeit niedergelegt haben, weil die Arbeitgeber sich weigerten, ihre Lohnforderungen zu bewilligen.

Die Metallarbeiterbewegung.

Um zu beweisen, daß die Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbandes den allgemeinen Streik provozieren will, gehen die bürgerliche Presse und eine Lokalkorrespondenz mit einem Fragebogen hausieren, den die Ortsverwaltung an die Betriebe versandt hat. Die Ortsverwaltung fragt darin nach der Zahl der Beschäftigten, der Art der Produkte, die hergestellt werden, und nach den lebenswichtigen Abteilungen der Betriebe. Man folgert daraus, daß die Metallarbeiter die verwundbaren Stellen der einzelnen Betriebe erkunden wollen, um ihre Taktik danach einzurichten. Das ist natürlich Unsinn. Derartige Umfragen werden von allen Gewerkschaften von Zeit zu Zeit vorgenommen, um sichere Grundlagen für die Organisationsarbeit zu gewinnen. Daß die Umfrage zeitlich mit der Bewegung zusammenfällt, beweist nicht, daß die darin gestellten Fragen Schlüsse auf die von der Ortsverwaltung geplante Taktik zulassen. Auf die Verleumder der um ihre durchaus gerechtfertigten Ansprüche kämpfenden Metallarbeiter wird diese Tatsache allerdings keinen Eindruck machen. Sie werden weiter behaupten, daß der Metallarbeiterverband seine Mitglieder nur in den Abteilungen zum Streik veranlassen wird, die den Lebensnerv der Betriebe bilden, um die Unternehmer zur Entlassung der anderen Arbeiter zu zwingen, die dann nicht als Streikende, sondern als Erwerbslose zu betrachten wären und Anspruch auf Erwerbslosenunterstützung hätten. Diese Verdrehung geht schon seit Tagen in der bürgerlichen Presse um.

Die Herrschaften verwickeln sich jedoch bei ihrem Kampf gegen die Wahrheit in die dümmsten Widersprüche. Sie entrüsten sich zugleich darüber, daß die Metallarbeiter die infolge der Teilstreiks vorgekommenen Entlassungen als Aussperrungen bezeichnen. Die Unternehmer, erklären sie, vermeiden geflissentlich jede aggressive Handlung, könnten aber die Entlassungen nicht verhüten, da die Teilstreiks die Arbeit in den anderen Abteilungen unmöglich machen. Wenn dem so ist, wenn die entlassenen Metallarbeiter nicht als ausgesperrt, also nicht als zu den kämpfenden Gruppen gehörig, zu betrachten sind, dann wäre allerdings ihr Anspruch auf Erwerbslosenunterstützung durch die bürgerlichen Schmocks selber treffend begründet.

Aber die Leute können sich beruhigen. Herr Heine wird dafür sorgen, daß niemand Erwerbslosenunterstützung bekommt, der in dem Verdacht steht, um sein Existenzrecht zu kämpfen.

Die Schuldigen des Weltkrieges.

Wir wiesen schon gestern, an der Hand der neuesten österreichischen Veröffentlichungen, auf die Schuld der deutschen Regierung hin, die den Weltkrieg nicht verhindert hat, weil Wilhelm II. und seine Regierung ihn nicht verhindern wollten. Das geht auch aus ihrer Sabotage der englischen Vermittlungsvorschläge hervor, über die es in den österreichischen Veröffentlichungen heißt:

In einer Unterredung mit Fürst Lichnowsky hatte Sir Edward Grey am 24. Juli die Anregung einer Vermittlung zu vierzt (England, Frankreich, Italien und Deutschland) gegeben und sich bemüht, die Zusicherung der Unterstützung seitens Deutschlands zu erlangen. Ueberdies hatte Sir Edward Grey am 26. Juli an Fürst Lichnowsky in einem Privatschreiben das Ersuchen gestellt, das Berliner Kabinett wolle sich in Wien für eine wohlwollende Berücksichtigung der serbischen Antwortnote einsetzen. Dies Anliegen Sir Edward Greys war seitens der Berliner Regierung an das Wiener Kabinett weitergeleitet worden. Von Sir Edward Grey war sodann am 26. Juli nach Paris, Berlin und Rom dem Anliegen Ausdruck gegeben worden, durch die Abhaltung einer Botschafterkonferenz (England, Deutschland, Frankreich und Italien) den nötigen Zeitvorsprung zu gewinnen, um die zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien obschwebende Angelegenheit bei Enthaltung jeglicher militärischer Operationen seitens Serbiens, Oesterreich-Ungarns und Rußlands zur Regelung zu bringen.

Dieser Vorschlag Sir Edward Greys war seitens der deutschen Regierung mit der Begründung abgelehnt worden, es erscheine Deutschland nicht angängig, den Bundesgenossen wegen seiner Auseinandersetzungen mit Serbien gleichsam vor einen europäischen Schiedsgerichtshof zu ziehen. Die deutsche Vermittlungstätigkeit habe zuvörderst die Behebung der Gefahr eines österreichisch-russischen Konflikts zum Ziele.

An dieser Stelle wird eine vom k. u. k. Botschafter in Berlin am 27. Juli um 9 Uhr 15 Minuten p. m. nach Wien übermittelte Depesche eingehend zu berücksichtigen sein. Das Dokument lautet in wörtlicher Wiedergabe:

Staatssekretär erklärte mir in streng vertraulicher Form sehr entschieden, daß in der nächsten Zeit eventuell Vermittlungsvorschläge Englands durch die deutsche Regierung zur Kenntnis Eurer Exzellenz gebracht würden. Die deutsche Regierung versichere auf das Bündigste, daß sie sich in keiner Weise mit den Vorschlägen identifiziere, sogar entschieden gegen deren Berücksichtigung sei und dieselben, nur um der englischen Bitte Rechnung zu tragen, weitergebe. Sie gehe dabei von dem Gesichtspunkte aus, daß es von der größten Bedeutung sei, daß England im jetzigen Momente nicht gemeinsame Sache mit Rußland und Frankreich mache. Daher müsse alles vermieden werden, daß der bisher gut funktionierende Draht zwischen Deutschland und England abgebrochen werde. Würde nun Deutschland Sir Edward Grey glatt erklären, daß es seine Wünsche an Oesterreich-Ungarn, von denen England glaubt, daß sie durch Vermittlung Deutschlands eher Berücksichtigung bei uns finden, nicht weitergeben will, so würde eben dieser vorerwähnte, unbedingt zu vermeidende Zustand eintreten. Die deutsche Regierung würde übrigens bei jedem einzelnen Verlangen Englands in Wien demselben auf das Ausdrücklichste erklären, daß sie in keiner Weise derartige Interventionsverlangen Oesterreich-Ungarn gegenüber unterstütze und nur um Wunsch Englands zu entsprechen, dieselben weitergebe. So sei bereits gestern die englische Regierung durch den deutschen Botschafter in London und direkt durch ihren hiesigen Vertreter an ihn, Staatssekretär, herangetreten, um ihn zu veranlassen, den Wunsch Englands betreffs unsererseitiger Milderung der Note an Serbien zu unterstützen. Er, Jagow, habe darauf geantwortet, er wolle wohl Sir Edward Greys Wunsch erfüllen, Englands Begehren an Euer Exzellenz weiterzuleiten, er selbst könne dasselbe aber nicht unterstützen, da der serbische Konflikt eine Prestigefrage der österreichisch-ungarischen Monarchie sei, an der auch Deutschland partizipiere.

Er, Staatssekretär, habe daher die Note Sir Edward Greys an Herrn v. Tschirschky weitergegeben, ohne ihm aber Auftrag zu erteilen, dieselbe Euer Exzellenz vorzulegen; darauf hätte er dann dem englischen Kabinett Mitteilung machen können, daß er den englischen Wunsch nicht direkt ablehne, sondern sogar nach Wien weitergegeben habe. Zum Schlusse wiederholte mir Staatssekretär seine Stellungnahme und bat mich, um jedwedem Mißverständnis vorzubeugen, Euer Exzellenz zu versichern, daß er auch

in diesem eben angeführten Fall, dadurch, daß er als Vermittler aufgetreten sei, absolut nicht für eine Berücksichtigung des englischen Wunsches sei."

Aus diesem Dokument geht mit aller Deutlichkeit hervor, daß — wie wir schon gestern bemerkten — in Berlin und Wien mit verteilten Rollen gespielt wurde. Nach Eingang des Berichts des österreichisch-ungarischen Botschafters in Berlin mußte man in Wien der Auffassung sein, daß die deutsche Regierung nur der Form halber die englischen Vermittlungsvorschläge weitergab, und daß die Bemühungen der deutschen Staatsmänner darauf gerichtet waren, für Deutschland ein Alibi zu schaffen.

Dieser Eindruck wird durch die weiteren Veröffentlichungen bestätigt, die sich auf die Vorgänge der letzten Tage vor Ausbruch des Weltkrieges beziehen. Im Auftrage des Reichskanzlers machte der deutsche Botschafter in Wien, Herr v. Tschirschky, am 30. Juli dem Grafen Berchtold Mitteilung von einer neuerlichen Unterredung zwischen Sir Edward Grey und Fürst Lichnowsky, dem deutschen Botschafter in London. Diese Besprechung hatte nach dem Wortlaute der im k. u. k. Ministerium des Aeußern aufgesetzten Aufzeichnung — Tagesbericht vom 30. Juli; Weisung an die k. u. k. Botschafter in London, Berlin und Petersburg vom 31. Juli — folgenden Inhalt:

„Sazonow habe die englische Regierung wissen lassen, daß er nach der Kriegserklärung Oesterreich-Ungarns an Serbien nicht mehr in der Lage sei, mit Oesterreich-Ungarn direkt zu verhandeln und daher die Bitte ausspreche, England möge seine Vermittlung wieder aufnehmen. Als Voraussetzung betrachte die russische Regierung die vorläufige Einstellung der Feindseligkeiten.

Zu dieser russischen Eröffnung bemerkte Sir Edward Grey zu Fürst Lichnowsky, England denke an eine Vermittlung à quatre und halte dieselbe für dringend geboten, wenn nicht ein Weltkrieg entstehen solle.

In privater Weise hat Sir Edward Grey dem deutschen Botschafter zu verstehen gegeben, daß England zwar, wenn es sich nur um ein Eingreifen Rußlands handeln würde, neutral bleiben könnte, daß es aber, wenn auch Deutschland und Frankreich in die Aktion treten, nicht untätig bleiben, sondern zu sofortigen Entschlüssen und Handlungen gezwungen wäre. Das englische Kabinett müsse mit der öffentlichen Meinung rechnen, die wegen der österreichischerseits bewiesenen Hartnäckigkeit umzuschlagen beginne.

Dem italienischen Botschafter, den Sir Edward Grey kurz nach dem Fürsten Lichnowsky empfing, sagte der englische Staatssekretär, er glaube, Oesterreich-Ungarn jede mögliche Genugtuung verschaffen zu können. Ein demütiges Zurückweichen Oesterreich-Ungarns käme nicht in Frage, da die Serben auf alle Fälle gezüchtigt und mit Zustimmung Rußlands genötigt würden, sich den österreichisch-ungarischen Wünschen unterzuordnen. Oesterreich-Ungarn könne also, auch ohne einen Weltkrieg zu entfesseln, Bürgschaften für die Zukunft erlangen."

Herr v. Tschirschky war beauftragt, an die im Vorstehenden wiedergegebenen Aeußerungen Sir Edward Greys die nachstehende Erklärung des deutschen Reichskanzlers zu knüpfen:

„Wenn Oesterreich-Ungarn jede Vermittlung ablehne, würden Oesterreich-Ungarn und Deutschland einer Koalition von ganz Europa gegenüberstehen, da auch Italien und Rumänien nicht mit ihnen gingen. Oesterreich-Ungarns politischem Prestige, der Waffenehre seiner Armee und seinen berechtigten Ansprüchen Serbien gegenüber könnte durch die Besetzung Belgrads und anderer Punkte Genüge getan werden. Auch seine Stellung am Balkan — Rußland gegenüber — würde Oesterreich-Ungarn durch die erfolgte Demütigung Serbiens zu einer starken machen. Unter diesen Umständen müsse es das deutsche Kabinett dringendst und nachdrücklichst der Erwägung der k. u. k. Regierung anheimstellen, die Vermittlung Englands unter den angegebenen ehrenvollen Bedingungen anzunehmen. Es wäre für Oesterreich-Ungarn und Deutschland ungemein schwer, die Verantwortung für die Folgen einer ablehnenden Haltung zu tragen."

In diesem kritischen Augenblick, wo das Schicksal der Welt entschieden wurde, bestand also die „Friedensarbeit" der deutschen Regierung darin, daß sie „der Erwägung der k. und k. Regierung" anheimstellte, den englischen Vermittlungsvorschlag anzunehmen, und dies, nachdem Wilhelm II. schon am 5. Juli in Potsdam die deutsche Waffenhilfe unter allen Umständen, auch gegen Rußland, zugesagt hatte.

Wie reagierte nun Wien auf diesem Schritt der deutschen Regierung?

Mittels einer am 31. Juli aufgesetzten und erst am 1. August um 3 Uhr 45 Minuten vormittags expedierten telegraphischen Weisung wurde den k. u. k. Botschaftern in London, Berlin und Petersburg von dem Schritt Herrn v. Tschirschkys in Angelegenheit des englischen Vermittlungsvorschlages und von den diesbezüglichen Erwägungen der deutschen Regierung zur persönlichen Information Mitteilung gemacht. Der k. u. k. Botschafter in Berlin Graf Szögyeny, erhielt hierbei den Auftrag:

„Ich ersuche Euer Exzellenz, dem Herrn Staatssekretär für die uns durch Herrn v. Tschirschky gemachten Mitteilungen verbindlichst zu danken und ihm zu erklären, daß wir trotz der Aenderung, die in der Situation seither durch die Mobilisierung Rußlands eingetreten sei, in voller Würdigung der Bemühungen Englands um die Erhaltung des Weltfriedens gerne bereit seien, dem Vorschlag Sir E. Greys, zwischen uns und Serbien zu vermitteln, näherzutreten.

Die Voraussetzungen unserer Annahme seien jedoch natürlich, daß unsere militärische Aktion gegen das Königreich einstweilen ihren Fortgang nehme, und daß das englische Kabinett die russische Regierung vermöge, die gegen uns gerichtete Mobilisierung seiner Truppen zum Stillstand zu bringen, in welchem Falle wir selbstverständlich auch die uns durch die russische Mobilisierung aufgezwungenen defensiven militärischen Gegenmaßregeln in Galizien sofort rückgängig machen würden."

Graf Berchtold erklärte also, das Wiener Kabinett sei bereit, den Vorschlag Sir E. Greys zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien zu vermitteln, anzunehmen. Grey hatte aber den Vorschlag gemacht, eine Vermittelung zwischen allen vier beteiligten Mächten herbeizuführen. Zur Erklärung dieser Differenz wird im österreichischen Rotbuch auf einen Chiffre-Irrtum des Grafen Szögyeny hingewiesen, der in seiner Depesche vom 30. Juli, 5 Uhr 15 Min. nachm. von Verhandlungen „mit Serbien" statt „mit den Mächten" sprach. Dieser Irrtum wurde von ihm in einem zwei Stunden später abgesandten Telegramm richtiggestellt. Trotzdem gab Graf Berchtold, obwohl er von der Richtigstellung Kenntnis genommen hatte, seine obenstehende Anweisung an die Botschafter aus.

„Als nun — führt das Rotbuch fort — die deutsche Regierung im Laufe des 30. und 31. Juli von Seite des englischen Botschafters wiederholte Male um Antwort befragt wurde, vermochte sie, da sie physisch noch nicht im Besitze der von Wien erst am Morgen des 1. August expedierten Erledigung ihrer Befürwortung des englischen Vorschlages sein konnte, bloß zu konstatieren, daß ihr trotz wiederholter dringlicher Anfragen eine gegenständliche Antwort aus Wien nicht zugekommen sei. In unmittelbarer Folge aber mußte in London während dieser entscheidenden Stunden die unerschütterliche Ueberzeugung von der mala fides (bösen Absicht) der deutschen Regierung erstehen."

Diese Ueberzeugung war sicherlich, trotz der Sabotage des Grafen Berchtold, nicht unbegründet, denn es hätte lediglich eines energischen Wortes von Berlin aus bedurft, um das Wiener Kabinett zur Annahme des englischen Vermittlungsvorschlages zu veranlassen. Dieses Wort ist nicht ausgesprochen worden, weil die deutsche Regierung nicht den Frieden, sondern den Krieg wollte.

Diese für die Wertung der Kriegsschuld grundlegende Tatsache wird durch die Art und Weise, wie uns die österreichischen Dokumente serviert werden, nicht im geringsten erschüttert. Wir sehen in dieser Methode nur einen neuen Akt der systematischen Irreführung der Oeffentlichkeit, die hier mit allen Mitteln betrieben wird. Doch es wird den Herrschaften, die auch das österreichische Rotbuch für ihre unsauberen Zwecke mißbrauchen wollen, nicht gelingen, durch Verschiebung des eigentlichen Tatbestandes und durch Verschleierung der am 5. Juli in Potsdam geschaffenen Basis für den Weltkrieg, die Schuld Deutschlands an der Entfesselung des Krieges zu verringern. Wenn auch die deutschen Archive geöffnet werden, wird diese Tatsache auch für den Blindesten erkennbar sein.

Millionenentschädigungen an Textilindustrielle.

Die Landeskonferenz Sachsen des Deutschen Textilarbeiterverbandes hat in einem an den Reichsfinanzminister gerichteten Telegramm dagegen Protest erhoben, daß für die Nichtabnahme von 20 Millionen Meter Baumwollgewebe den Baumwollwebereien eine ungerechtfertigt hohe Entschädigung gezahlt sei.

Es handelt sich um folgendes. Wie der „Textilarbeiter" mitteilt, liegt ein Rundschreiben des „Kriegsausschusses der deutschen Baumwollindustrie" vor, aus dem hervorgeht, daß die Reichs-Textil-Aktien-Gesellschaft (Retag) 20 Millionen Meter Stoff den Baumwollwebereien nicht abnimmt, welche die Baumwollwebereien aber nicht frei verkaufen konnten, bevor die Retag ihre Entscheidung über Ankauf oder Ablehnung getroffen hatte. Weil nun die Retag diese 20 Millionen Meter nicht abnimmt, ist das Reichswirtschaftsministerium darauf eingegangen, Baumwollwebereien, die an dieser Notstandsbeschäftigung beteiligt gewesen sind, 80 Millionen Mark Entschädigung zu zahlen, und zwar dergestalt, daß z. B., wie aus dem Rundschreiben hervorgeht, pro Kilo Garn Nr. 1 14 Pf. pro Meter gezahlt werden. Dies hat zur Folge, daß für die feineren Garne ein höherer Betrag als für die stärkeren Garne gezahlt wird, so daß auf die einzelnen Firmen recht nette Beträge entfallen.

Der „Textilarbeiter" bemerkt dazu: „Die Baumwollwebereien haben die Notstandsarbeiten nur zu einem Teil fertiggestellt. Der größere Teil der Aufträge liegt nur in Garnen vor. Diejenigen Unternehmer, die die Aufträge noch nicht fertiggestellt haben, können nun aus den Garnen jede beliebige Ware herstellen und diese frei verkaufen. Bei dem allgemeinen Stoffhunger, der gegenwärtig in Deutschland herrscht, wird sich ergeben, daß jene Baumwollweber, die die Waren schon fertiggestellt hatten, für die Waren einen viel höheren Preis erzielen werden, als wenn sie diese Notstandsarbeit an die Retag hätten abgeben müssen. Die freiverarbeiteten Garne und dann frei in den Handel gebrachten Waren werden ebenfalls viel teurer verkauft werden und die Unternehmer werden gar nicht böse darüber sein, daß die Retag die 20 Millionen Meter nicht abnimmt, sondern sie werden, weil sie diese Waren ohne jede Preiseinschränkung verkaufen können, nach Lage der Verhältnisse in der Textilindustrie ein vorzügliches Geschäft damit machen."

Das Telegramm der Landeskonferenz hat auf die Tatsache, daß die Baumwollwebereien „durch den freien Verkauf der hergestellten Waren oder noch frei zu verarbeitenden Garne keine Verluste erleiden, sondern Mehrgewinne erzielen werden", deutlich hingewiesen.

Zu dem Fall erklärt nun die übliche zuständige Seite durch W. T. B.:

„Um die Versorgung der wirtschaftlich Schwachen mit Kleidung sicherzustellen, hat das Reichswirtschaftsministerium im März dieses Jahres die Baumwollwebereien verpflichtet, die aus den zugewiesenen Kriegsgarnen hergestellten Gewebe ausnahmslos der Reichstextil-Aktiengesellschaft anzubieten, wobei die Abnahme mindestens der Hälfte der angebotenen Menge zugesichert wurde. Als im Hochsommer die illegale Einfuhr guter Baumwollstoffe immer größeren Umfang annahm, trat für die aus minderwertigen Kriegsgarnen hergestellten Gewebe eine völlige Absatzstockung ein. Die Verbraucher lehnten die geringwertige Ware auch bei wesentlichen Preisnachlässen ab. Unter diesen Umständen mußte damit gerechnet werden, daß dem Reiche aus der weiteren Abnahme der Gewebe, die von den Baumwollwebereien verlangt wurde, Verluste entstehen würden, die von Sachverständigen mindestens auf 60—70 Millionen Mark geschätzt wurden. Es lag daher im finanziellen Interesse des Reichs, von der Abnahme der minderwertigen Gewebe zurückzutreten. Dies war nur bei Zubilligung einer Abstandszahlung an die Weber möglich, die die Gewebe auch ihrerseits nur mit erheblichen Verlusten verwerten konnten. An die Leistung wurde die Bedingung geknüpft, daß die Baumwollwebereien die noch vorhandenen Kriegsgarne übernehmen, wodurch ein weiteres Risiko des Reichs eingeschränkt wurde. Von einer Verschleuderung von Reichsmitteln kann mithin nicht gesprochen werden."

Die „zuständige Seite" beruft sich zur Rechtfertigung der Entschädigung auf ein Sachverständigenurteil, wonach den Webereien durch die Nichtabnahme der Ware ein erheblicher Verlust entstehen würde. Wie denkt die „zuständige Seite" den Widerspruch zwischen dem Urteil ihres Sachverständigen und der Meinung der nicht minder sachverständigen Textilarbeiter zu lösen?

Noskes Rechtfertigungsversuche.

In der Besprechung mit den Vertretern der Berliner Großbetriebe hat Herr Noske seinen näheren Freunden empfohlen, sie möchten der Regierung etwas „mehr Vertrauen entgegenbringen und ihr ihre saure Arbeit nicht durch unbegründete Aengstlichkeit und nervöse Kritik noch mehr erschweren". Zu dieser Auslassung schreibt ganz richtig die „Berliner Volkszeitung":

„Aber noch mehr erschwert sich die Regierung die Lage — und das scheint Herr Noske vollkommen zu übersehen! —, wenn sie mit den alten Methoden arbeitet, die kein Beweis dafür sind, daß sie „kaltes Blut" bewahrt. Wenn man mit Schutzhaft, Zensur, Zeitungsverboten usw. vorgeht, weckt man Widerstände gegen die Regierung und diskreditiert die Verfassung. Auf der anderen Seite läßt man die Reinhard, Schulenburg, die pommerschen Agrarier und baltischen Rebellen den Staat von innen zerstören. Das sind die großen Widersprüche, in denen sich Noskes Politik bewegt und die auch seine Rechtfertigungsversuche nicht lösen."

Durch derartige Argumente läßt sich natürlich ein Mann wie Noske nicht überzeugen. Es ist übrigens charakteristisch, daß die „zuständigen Stellen", die Herr Noske immer so gern benützt, wenn es gilt, eine seiner vielen gewalttätigen Handlungen zu rechtfertigen, sich noch mit keinem Wort zu der Feststellung geäußert haben, daß die „Vertrauenskundgebung für Oberst Reinhard" eine amtliche Fälschung war. Da außer der „Berliner Volkszeitung" auch die gesamte bürgerliche Presse zu dieser unerhörten Irreführung der Oeffentlichkeit schweigt, obwohl sie ihren Lesern — sicher im guten Glauben — diese gefälschte Kundgebung in großen Lettern vorsetzte, so geht daraus wieder einmal hervor, daß das Volk heute noch genau so sehr belogen wird wie im Kriege, und daß man in der amtlichen Lügenbeutelei einen notwendigen Bestandteil der Politik erblickt.

Eine neue Attacke.

Die Monarchisten haben in einer Millionenauflage eine kleine Schrift herstellen lassen, die zur Verbreitung unter den Soldaten der Reichswehr bestimmt ist. Sie bringt eine Gegenüberstellung von einst und jetzt. Auf den ersten Seiten sind zwei Photographien wiedergegeben. Die erste zeigt uns als trautes Familienbild die Vertreter von vier Hohenzollerngenerationen, die zweite — Ebert und Noske in der Badehose. Der Text läuft darauf hinaus, den Soldaten klar zu machen, wie herrlich es sich unter der Herrschaft der Hohenzollern leben ließ, während die jetzige Regierung als eine Macht hingestellt wird, die lediglich die Verbrecher schützt. Es lohnt sich nicht, auf den Inhalt der Broschüre näher einzugehen. Sie erscheint illegal, weder Drucker, noch Verleger sind angegeben. Wir wollen aber der Oeffentlichkeit verraten, daß der Auftrag zur Herstellung des Machwerkes von der „Deutschen Tageszeitung" ausgegangen ist. Wir sind neugierig, welche Maßnahmen die Regierung gegen die Hersteller und Verbreiter der Schrift, die von den monarchistischen Offizieren selbstverständlich gebilligt wird, unternimmt.

Die Zukunft des Memelgebietes.

Der Minister des Aeußeren hat den Vertretern der Entente eine Note überreichen lassen, in der um Auskunft über die Zukunft des Memelgebietes gebeten wird. In der Note heißt es:

„Während die überwiegende Mehrzahl der Bevölkerung keinerlei Aenderung des jetzigen Zustandes wünscht, auf jeden Fall aber die Entscheidung des Volkes selbst über die Staatsangehörigkeit nach dem Grundsatze des Selbstbestimmungsrechtes fordert, empfinden alle Bewohner des Memelgebietes den gegenwärtigen Zustand der Unsicherheit als lästig und schädlich zugleich. Das wirtschaftliche Leben des auf einen regen Handel angewiesenen Gebietes leidet auf das empfindlichste; die Unternehmungslust ist gelähmt, die nationalen und sozialen Gegensätze verschärfen sich. Für die Regierung selbst ergeben sich aus dieser Lage namhafte verwaltungstechnische Schwierigkeiten.

Allen diesen Nachteilen würde eine möglichst baldige Stellungnahme der alliierten und assoziierten Hauptmächte über das Memelgebiet abhelfen, die den Wünschen der Bevölkerung Rechnung trüge."

Eisenbahner gegen die Akkordarbeit.

Breslau, 20. September.

Gegen die Wiedereinführung der Akkordarbeit bei der Eisenbahn haben sich die Breslauer Ortsgruppen des Allgemeinen Eisenbahnerverbandes ausgesprochen. Es wurde folgende Entschließung angenommen: Die vier Ortsgruppen des Breslauer Allgemeinen Eisenbahnerverbandes erkennen die Notwendigkeit einer Steigerung der Produktion in den Werkstätten zur Erhaltung des Eisenbahnbetriebes an. Sie protestieren aber auf das Entschiedenste gegen die Einführung irgendeines Akkordsystems zur Hebung der Produktion. Sie erblicken in der Wiedereinführung des Akkordsystems die Einführung der früheren Günstlingswirtschaft. Abhilfe kann nach der Meinung aller Anwesenden nur dadurch herbeigeführt werden, daß genügend und gutes Material und Werkzeug geschafft werde.

Dieser Protest der im bürgerlichen Lager stehenden Eisenbahner gegen die Einführung des Akkordlohnsystems, der nicht der erste von dieser Seite ist, zeigt, daß unter den Eisenbahnern völlige Einigkeit in dieser Frage herrscht. Das wird Herrn Oeser und seine Geheimräte nicht abhalten, die Experimente mit neuen, künstlich konstruierten Lohnsystemen fortzusetzen, ohne auf den Rat erfahrener Arbeiter zu hören. Die Herren werden jedoch die Erfahrung machen, daß sie damit das Gegenteil des beabsichtigten Zweckes erreichen, wie denn überhaupt die neuerdings übliche Methode, alle Arbeiterfragen zu lösen, ohne die Meinung der Arbeiter zu beachten, dem Wirtschaftsleben nur Schaden bringen kann.

Im übrigen wird auf die Frage des Akkordlohnsystems, dessen bevorzugte Anwendung plötzlich als letzte Weisheit zur Lösung aller brennenden sozialen und wirtschaftlichen Fragen verkündet wird, noch zurückzukommen sein.

Steigende Kohlenförderung in Oberschlesien.

Breslau, 20. September.

Die Pressestelle des Reichs- und Staatskommissars für Schlesien und Westpreußen meldet: Die Produktion im oberschlesischen Steinkohlenrevier ist andauernd im Steigen. Die letzten Förderziffern betrugen durchschnittlich täglich 94 800 Tonnen.

Gewerkschaftliches.

Auf dem Wege zum Industrieverband.

Seit Jahren schon macht sich in den graphischen Berufen das Bestreben geltend, die bestehenden Verbände zu einem einzigen Industrieverband zu verschmelzen. Diese Tendenz hat in neuester Zeit an Kraft gewonnen und wie es scheint, wird die Verwirklichung dieses Planes immer näher gerückt. Selbst diejenigen, die dem Gedanken einer Verschmelzung noch etwas kühl gegenüberstanden, sehen sich jetzt gezwungen, sich mit ihm zu befreunden.

Die Buchdrucker hielten auf Treiben eines Teiles der Vertrauensleute der S. P. D.-Partei am Sonntag in den Kammersälen eine Versammlung ab, um zu der Frage der Gründung des graphischen Industrieverbandes Stellung zu nehmen. Trotzdem diese Versammlung nur im „Vorwärts" publiziert war, doch als Ausweis das Verbandsbuch verlangt wurde, war sie sehr gut besucht. Das Referat hielt der zweite Verbandsvorsitzende Graßmann, der einleitend bemerkte, daß die Tendenz einer Zusammenballung der wirtschaftlichen Kräfte beobachtet werden kann, vor der auch die Gewerkschaften nicht Halt machen können und sie die Vorteile ins Auge zu fassen haben, die in der Zusammenfassung der Verbände in einem Industrieverband die Stoßkraft gegenüber dem Unternehmertum erhöht. In dem graphischen Gewerbe sei schon in den 90er Jahren diese Frage behandelt worden und erst 1911 haben sich die Buchdrucker auf der Hannoverschen Generalversammlung damit beschäftigt. Damals sei der Gedanke nicht spruchreif gewesen, weil 1. die andern Organisationen tariflich noch nicht so gefestigt, 2. finanziell nicht so gekräftigt waren und daß das Unterstützungswesen nicht so auf- und ausgebaut war, daß die anderen Organisationen hätten folgen können. Man habe sich von rein kassentechnischen Gründen leiten lassen. Unseren alten Mitgliedern haben wir große Verpflichtungen gegenüber, die nicht alle aus reinem Idealismus, sondern aus dem Grunde, im späteren Alter unterstützt zu werden, gekommen sind. Nun haben sich im Laufe der letzten Monate und Wochen Erscheinungen geltend gemacht, die eine Neuorientierung bedingen, die Schaffung des graphischen Industrieverbandes. Der „Graphische Block" (das zu diesem Zweck gegründete Organ) habe diese Gedanken propagiert, was sein gutes Recht sei.

Abgesehen von einigen parteipolemischen Ausführungen erörterte der Referent allseitiges Interesse und verstand es, der aufgetauchten Frage große Wichtigkeit zuzugestehen, aussprechend, daß schon „die Klugheit es erfordert, zur rechten Zeit die Schleusen zu öffnen, um die Strömung ins rechte Bett zu leiten".

In der Diskussion sprachen zwei Oppositionsredner wirkungsvoll für die Beweggründe ihres Vorgehens, bezweifelnd, daß diese Frage durch Opposition in Fluß gebracht worden sei und gehalten werde. Zwei Resolutionen waren eingebracht. Zur Annahme gelangte diejenige, die sich auf den Boden der Gewerkschaftskongreßbeschlüsse, wonach große Industrieverbände erstrebenswert sind, stellte, aber die im „Graphischen Block" propagierten Bestrebungen als nicht im Interesse der Buchdrucker liegend, sondern als nachteilig bezeichnet. Weiter besagt die Resolution, an den bewährten Grundsätzen der Buchdrucker festzuhalten.

Ein weiterer Antrag gelangte zur Annahme, den Gauvorstand aufzufordern, in einer Mitgliederversammlung das gleiche Thema zu behandeln, bis eine vollständige Klärung geschaffen wird.

Das Kartellverhältnis der Eisenbahner.

Eine Versammlung aller in den Groß-Berliner Eisenbahnwerkstätten beschäftigten Metallarbeiter, die im Deutschen Metallarbeiter-Verband organisiert sind, beschäftigte sich am Sonntag mit den Kartellverhältnis zum Deutschen Eisenbahner-Verband in den Werkstätten. Einleitend schilderte Großkopf die Schäden, die den Metallarbeitern aus dem Kartellspruch der Generalkommission erwachsen, wonach sie nach einer sechswöchigen Bewährungsfrist zum Deutschen Eisenbahner-Verband überschwenken müssen. Es ist unbedingt notwendig, daß die Funktionäre des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes zu allen Konferenzen Zutritt haben und auch bei allen Wahlen berücksichtigt werden. Angesichts des jetzigen Auftretens des Unternehmertums beim Kampf in der Metallindustrie ist die Geschlossenheit der gesamten Arbeiterschaft notwendig, insbesondere auch bei den Eisenbahnarbeitern.

In der Diskussion wurde kritisiert, daß für den letzten Streik im Juli an die Metallarbeiter keine Streikunterstützung gezahlt wurde, weil der Streik vom Deutschen Eisenbahner-Verband nicht sanktioniert war. Vorsitzender Schulz vom Deutschen Eisenbahner-Verband gab die organisatorischen Angelegenheiten dieses Verbandes zu, forderte aber die Anwesenden auf, zur kräftigen Mitarbeit für die Allgemeinheit der Eisenbahner auf. Sollten die Vorstände nicht im Sinne der Arbeiterschaft handeln, so müssen sie abberufen werden. Jedenfalls sei der Deutsche Eisenbahner-Verband die gegebene Organisation, die am besten die Interessen der Eisenbahnarbeiter wahrnehmen könne. Es wurde beschlossen, wegen der Zahlung der Streikunterstützung beim Ausschuß des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes Beschwerde einzureichen. Ein weiterer Antrag, der von der Generalkommission die Aufhebung des Kartellbeschlusses, wonach die in den Eisenbahnwerkstätten Beschäftigten nach bestimmter Zeit verpflichtet sind, zum Deutschen Eisenbahner-Verband überzutreten, fordert, wurde einstimmig angenommen.

Gegenüber dem Versuch, bei Reparaturen die Akkordarbeit einzuführen, wurde folgende Entschließung angenommen:

Die am 21. Sept. versammelten, im Deutschen Metallarbeiter-Verband organisierten Eisenbahner protestieren energisch gegen die Einführung der Akkordarbeit. Sie erklären, daß bei Reparaturen eine reelle Aufstellung von Akkordpreisen nicht möglich ist und dann wieder Zustände bei der Verrechnung eintreten, wie sie früher gang und gäbe waren. Es liegt lediglich an der Bureaukratie der Verwaltung, daß die Arbeiterschaft ihre Arbeitskraft nicht immer voll ausnutzen kann.

Es folgte sodann eine Aussprache über die Frage der Betriebsorganisationen, die Brack durch ein kurzes Referat einleitete. Er knüpfte an den ersten Punkt der Tagesordnung an. Nicht die Frage der Zuständigkeit der einen oder anderen Organisation, sondern die Vertiefung in den Sozialismus ist jetzt maßgebend. Krankhafte Engherzigkeit und ein starres Dogma sträuben sich gegen das System der Betriebsorganisationen, die die eigentliche Urzelle im Neuaufbau und im Kampf um den Sozialismus bilden und die unheilvolle Zersplitterung unter der Arbeiterschaft bilden. Neuendorf und Schulz (D. E. V.) traten dem Referenten entgegen, indem sie für die Reformierung der bestehenden Organisationen, der Gewerkschaften, sprachen.

Die Eisenbahner zum Reichstarifvertrag.

Die Ortsgruppe Berlin II des Deutschen Eisenbahner-Verbandes hielt Sonntag vormittag in den „Prachtsälen des Ostens" eine sehr gut besuchte Versammlung ab. Der Verbandsvorsitzende Scheffel schilderte zu Beginn seines Vortrages die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung und die Vorgeschichte des Tarifwesens, und kam dann auf den bevorstehenden Tarifabschluß der Eisenbahner, der für das ganze Reich Geltung haben soll, zu sprechen. Als Kontrahenten auf der Arbeitnehmerseite kommen der Deutsche Eisenbahner-Verband mit über 400 000 Mitgliedern, der Allgemeine Eisenbahner-Verband mit über 100 000 und der christliche Eisenbahner-Verband mit 60 000 Mitgliedern in Frage. Durch den Tarifabschluß würde für die Eisenbahner der Organisationszwang kommen.

Die Arbeitszeit sei auf 42 Stunden in der Woche festgelegt. Dem Ueberstundensystem werde der Reichstarif ein Ende bereiten und nur in dienstlich unerläßlichen Fällen Arbeit über das Pensum hinaus zulassen. Nach einem Jahr soll jeder Eisenbahner 10 Arbeitstage Urlaub erhalten, der nach und nach bis zu 24 Tagen bei mehr als 10jähriger Dienstzeit ansteigen soll. Die Neueinstellung soll durch zu schaffende Nachweise im Einverständnis mit den Betriebsräten vorgenommen werden. Bei Entlassungen soll der Betriebsrat mit entscheiden. Was die Akkordfrage betrifft, so dürfen nach dem Reichstarifentwurf weder Akkorde noch Prämien eingeführt werden. Es sei im Eisenbahnbetrieb schlechterdings unmöglich, gerechte Akkorde aufzustellen. Das Ministerium der öffentlichen Arbeiten habe das Flugzeugwerk in Gotha, das auf Akkord Waggonreparaturen ausführt, durch Organisationsvertreter eingehend besichtigen und die dortigen Verhältnisse nachprüfen lassen. Man müsse feststellen, daß dort von den Arbeitern zwar leidlich verdient, jedoch zum Schaden der Eisenbahnverwaltung gewirtschaftet werde. — Die bisherigen 10 Lohngruppen sollen zwar bis auf drei reduziert werden, jedoch habe sich herausgestellt, daß man mit weniger als 5 Klassen nicht auskommen könnt.

Die Lohnsätze seien nach Altersstufen von 19 bis 24 Jahren einzuteilen. Es werde vorgeschlagen: Für die 1. Altersklasse, je nach der Lohngruppe 2,65 bis 3,40, für die zweite 2,60 bis 3,35, für die dritte 2,50 bis 3,25 und für die vierte 2,45 bis 3,20. Ferner sehe der Reichstarifentwurf Vorschriften über die hygienischen Betriebseinrichtungen sowie die Schlichtungsinstanzen vor. Für jeden Direktionsbezirk sei ein Schlichtungsausschuß vorgesehen. Bei großen Direktionsbezirken, wie z. B. Hannover, seien evtl. mehrere Schlichtungsausschüsse einzusetzen. Ferner soll ein Zentralschlichtungsausschuß beim Ministerium der öffentlichen Arbeiten gebildet werden. Die beiden anderen Arbeitnehmer-Organisationen hätten ebenfalls Tarifentwürfe ausgearbeitet, und es werde in den nächsten Tagen zu einer Konferenz kommen, in der diese Entwürfe zu einem verschmolzen werden sollen.

Sehr interessante Ausführungen machte der Redner über die Frage der Wirtschaftsbeihilfe. Der Haushaltungsausschuß der Preußischen Landesversammlung habe, obgleich die Eisenbahner nachdrücklich eine Wirtschaftsbeihilfe in derselben Höhe wie die Beamten verlangt hatten, beschlossen, den Arbeitern nur die Hälfte der Beamtenbeihilfen zu gewähren. Die Eisenbahner nehmen geschlossen hiergegen Stellung und seien gewillt, diese viel zu niedrige Beihilfe als ungenügend abzulehnen. Eine Organisation von 400 000 Eisenbahnern sei so stark, daß sie ihren Willen durchsetzen könne, ohne daß man es zu einem Streik kommen lassen brauche.

Im Schlußwort führte der Vortragende aus, daß die furchtbare Misere im Eisenbahnbetrieb zum großen Teil auf technische Mängel zurückzuführen sei. Die Werke der Privatindustrie stünden in ihrer Betriebseinrichtung und Organisation himmelhoch über den Staatswerkstätten. Noch immer würden Lokomotiven mit eisernen Feuerbüchsen, deren Unbrauchbarkeit schon bei der Inbetriebnahme vorliege, geliefert, obgleich jetzt genug Kupfer vorhanden sei, um alle Lokomotiven wieder im alten, bewährten Zustand zu liefern. Der Redner hob hervor, daß von seiten der leitenden Eisenbahnbehörden mit einer gewissen passiven Resistenz gearbeitet werde, die eine Gesundung des Betriebes unmöglich mache.

Funktionäre aller graphischen Berufe, die auf dem Boden des Rätesystems stehen, treffen sich Dienstag, nachmittag 4½ Uhr, im „Dresdener Garten", Dresdener Straße 45. Vollzähliges und pünktliches Erscheinen notwendig, da der Saal 7½ Uhr geräumt werden muß.

Groß-Berlin.

Der Magistrat zur Zwangseinquartierung.

Die Vorbereitungen zur Beschlagnahme benutzter und unbenutzter Wohnungen sind beim Magistrat und Wohnungsamt Berlin in vollem Gange. Es besteht die Hoffnung, dem Bedürfnis gerecht werden zu können, wenn es nicht noch in den letzten Tagen durch Zuzug von außen irgendwie verstärkt wird. Der Magistrat hat die Benutzung des äußersten Mittels, der Zwangseinquartierung, solange es irgend anging, hinausgeschoben und mit der ausgiebigen Handhabung der sonstigen, durch die Verordnung vom 20. September 1918 gegebenen Befugnisse auszukommen versucht, beispielsweise dadurch, daß er etwa 5000 leerstehende Wohnungen usw. gegen Zuschlag hat herstellen lassen. Bevor er jetzt zu dem letzten Mittel geschritten ist, hat er die bisher erteilte ungenügende staatliche Ermächtigung erst wirksam zu machen versucht, indem er eine ergänzende Ermächtigung für sich beantragt hat, kraft welcher er eine vorläufige Einweisung vornehmen kann, ohne auf eine freiwillige Vereinbarung zwischen den Parteien oder auf einen Spruch des Mieteinigungsamtes warten zu müssen. Diese Ermächtigung ist dem Magistrat von seiten des Staatskommissars am 12. September 1919 erteilt worden.

Die freien Händler zur Kommunalisierung.

Der Deutsche Händlerverband hatte am Sonntag vormittag zwei öffentliche Volksversammlungen einberufen, um Stellung zur Kommunalisierung und zum Straßenhandel zu nehmen. In den „Zentralsälen" in der Alt. Jakobstraße referierte die Stadtverordnete Genossin Lungwitz. Mit treffenden Worten zeichnete sie die Machenschaften des Großkapitals, um die kleinen Händler vor den Wagen seiner Interessen zu spannen. Die große Masse der Händlerschaft gehöre auch zum Proletariat und habe keinen Grund, sich gegen die kommende Kommunalisierung zu sträuben. Niemand wird doch so töricht sein zu glauben, die Stadt habe ein Interesse daran, all die Tausende von Kleinhändlern brotlos zu machen und sie in der Kommunalisierung durch berufsfremde Leute zu ersetzen. Was die Kommunalisierung bezweckt, ist nur die Ausschaltung des Zwischenhandels, des Grossisten, der allein für die Verteuerung der Lebensmittel verantwortlich ist. Der freie Handel wäre nicht allein der Ruin der Arbeiterschaft, sondern auch der kleinen Händler, wie ja die Beispiele des Eier-, Fisch- und Lederhandels deutlich zeigten. Die Gründe, die die Hausbesitzer und die Kirche zur Unterstützung der Kapitalsinteressen veranlaßten, sind nur zu durchsichtig. Ausführlich ging die Rednerin dann auf die schlechte wirtschaftliche Lage der Straßenhändler und die von Polizei und Militär gegen sie betriebene Hetze ein. Sie forderte Männer und Frauen auf, über ihre wirtschaftliche und politische Lage nachzudenken und sich geschlossen im Deutschen Händlerverband zu organisieren. Nach einer lebhaften Diskussion nahm die Versammlung einstimmig eine Resolution an, die gegen die Einschränkung des legitimen Straßenhandels protestiert und aufs schärfste den Streik der Lebensmittelgeschäfte verurteilt. Der Kampf der werktätigen Bevölkerung Berlins soll auch der Kampf der Berliner Straßenhändler sein. Die Versammelten erklären, als Organisation der proletarischen Händlerschaft allein den auf dem Boden des Rätesystems stehenden Deutschen Händlerverband anzuerkennen.

Die zweite Versammlung fand in den „Germania-Sälen" in der Chausseestraße statt und war sehr gut besucht. Das Referat, das hier vom Genossen Zimmermann gehalten wurde, bewegte sich in derselben Linie wie das der Genossin Lungwitz und fand starken Beifall.

Die Diskussion war auch hier recht rege. Wiederholt wurde ein Eintreten in die U. S. P. gefordert, um dann in den Zahlabenden den Arbeitern die Nöte und Leiden der kleinen Händler klarlegen zu können. Blätter vom Schlage der „Morgenpost" dürften nicht gehalten werden, nur die „Freiheit" würde die Interessen der Unterdrückten wahrnehmen und käme als Blatt der Besitzlosen in Frage.

Einige Teilnehmer berichteten über Heldentaten von Reichswehrtruppen, die mit Ausweisen versehene Händler festgenommen und ihnen die Waren abgenommen hätten.

Nach einem Schlußwort des Genossen Zimmermann wurde eine Resolution, die sich mit den Ausführungen des Referenten deckte, einstimmig angenommen.

Die Stellung des Arbeitersports in der Revolution.

Die am 18. September im Stadthaus tagende Sportlerversammlung beschäftigte sich mit der Stellung des Arbeitersports in der Revolution. Der Referent Wemer brachte ein reichhaltiges Material aus den bürgerlichen Sportverbänden zum Vortrag. Die Sportliteratur sei geradezu eine Fundgrube dafür, inwieweit vor und während des Krieges von den bürgerlichen Sportlern der Sport dem Kriege dienstbar gemacht wurde. Den Gegensatz hierzu bilden die Arbeitersportorganisationen; sie sind bestrebt, gesunde Menschen heranzubilden, die im Kampfe um das Dasein ihren ganzen Mann zu stellen in der Lage sind. Zur Durchführung dieses Zieles ist es aber notwendig, daß noch alle Arbeiter, ob Kopf- oder Handarbeiter, diesen bürgerlichen Organisationen den Rücken zu kehren haben. Es ist doch nicht angängig, daß jemand auf der einen Seite revolutionärer Sozialist sein will und andererseits mit seinem Gegner zusammen in Gesellschaftsorganisationen eng verbunden ist. Eins schließt das andere aus. Die vorgeschlagene Resolution wurde gegen eine Stimme angenommen.

Um dem unterdrückten, für seine elementarsten Menschenrechte kämpfenden Proletariat an Körper und Geist gesunde Kämpfer zuzuführen, sind die Leibesübungen eine zwingende Notwendigkeit der Arbeiterklasse.

Die Arbeiterschaft gibt jedem arbeitenden Volksgenossen in ihren Sportorganisationen Gelegenheit, die Schäden, welche das tägliche Leben mit sich bringen, wieder wettzumachen.

Die bürgerlichen Sportverbände sind gemäß ihrer reaktionären Vergangenheit und ihrer Stellung, die sie in der Revolution einnehmen, der Arbeiterschaft und somit dem Sozialismus feindliche Organisationen. Die Arbeiter, welche noch Mitglied eines bürgerlichen Sportvereins sind, üben Verrat an ihren eigenen Klassengenossen.

Der Krieg und die Revolution hat alle Arbeiterorganisationen und somit auch den Arbeitersportorganisationen neue Wege und Ziele gewiesen. Politische Fragen zu behandeln kann nicht nur allein Aufgabe der revolutionären Arbeiterparteien sein. Politik muß auch in den Gesellschaftsverbänden (Sportorganisationen) betrieben werden. Politische Aktionen zu unternehmen, kann allerdings nicht Aufgabe der Arbeitersportorganisationen sein, sondern die Arbeitersportorganisationen wollen den Körper des Menschen gesund und lebensfähig erhalten.

In der Erkenntnis, daß zur endgültigen Befreiung des Proletariats die Sportorganisationen einen gleichberechtigten Kampffaktor darstellen, erklären die am 18. Sept. 1919 im Berliner Stadthaus versammelten Arbeitersportler, daß sie nur der politischen Partei ihre Unterstützung gewähren können, die auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes steht.

Um die Leibesübungen auf breite volkstümliche Grundlage zu stellen, ist die Zusammenschließung aller bestehenden Arbeitersportorganisationen zu einem sozialistischen Arbeitersportbund eine zwingende Notwendigkeit. Die Voraussetzung dafür ist, daß die Führer der bestehenden Arbeitersportverbände eine Taktik einschlagen, die den revolutionären Arbeitern zusagt.

Zum Punkt „Unsere Presse" unternahm es der Vorsitzende Genosse Briske, der Arbeiterschaft den Wert der Waffe „Presse" auch für den Sport zu illustrieren. Es ist beschämend, wenn man sieht, wie allgemein unter der Arbeiterschaft die sogenannten Tippblätter (Renndepeschen) kursieren. Auch ist der größte Teil der bürgerlichen Sportorgane weiter nichts als Schundliteratur; demgegenüber ist es notwendig, auf die von der Arbeiterschaft selbst geschaffene Sportzeitung „Arbeitersport" hinzuweisen.

In der anschließenden Aussprache gaben die Arbeiter-Radfahrer Berlins ihren gegenteiligen Standpunkt zum Bundestag in Würzburg kund. Daß auf dem Bundestage dort von einer Roßkapelle konzertiert wurde, weil angeblich keine anderen Musiker am Orte zu haben waren, wurde mit Entrüstung Kenntnis genommen.

Die Versammlung gab dann ihrer Meinung dahin Ausdruck, daß es notwendig sei, daß die Berliner Winter-Badeanstalten im weitesten Maße geöffnet werden. Ist es doch unverzeihlich, daß es auf der einen Seite Kohlen in Hülle und Fülle, für Kientöppe, Cafés u. dergl. gibt, aber für die Volksgesundheit ist nichts übrig. Eine allseitig unterstützte Forderung an die Kohlenstelle wird von seiten des Ausschusses eingereicht werden. Der Verlauf der Versammlung (die allerdings besser besucht sein konnte) zeugte von guter Stimmung, und ist ein guter Aufschwung auf Grund der allgemeinen Agitation im gesamten Arbeitersport zu erwarten.

Kirchenaustritt.

Auf vielfache Anfragen aus unserem Leserkreise teilen wir mit, daß die Kirchenaustritts-Bestimmungen für Preußen jetzt dahin umgeändert sind, daß der Austritt vollkommen kostenlos durch einfache, aber nur mündliche Erklärung auf dem zuständigen Amtsgericht erfolgt und daß die Kirchensteuer nur noch für das Vierteljahr zu zahlen ist, in dem der Austritt erfolgt. Eine Beratungsstelle für Kirchenaustritt befindet sich im Neukölln Rathaus, Zimmer 401, Dienstag und Freitag von 4—6. (Arbeiterrat.)

Riesenschiebung mit Heereszigarren aufgedeckt.

Dank der Aufmerksamkeit und Mithilfe der Bevölkerung ist es der Tempelhofer Kriminalpolizei gelungen, eine umfangreiche Schiebung mit Heereszigarren aufzudecken und die zunächst Beteiligten festzunehmen. Auf dem Güterbahnhof Tempelhof traf eine große Sendung von Zigarren als Heeresgut auf Grund von Lieferscheinen ein, deren Fälschung nachträglich festgestellt wurde. Die Schieber sind der wohnungslose Kaufmann H., ein Kommissionär K., ein Einkäufer des Reichswirtschaftsamts, der in Steglitz wohnhafte Hauptmann R. und dessen Freundin, die im Westen wohnende Gattin eines verschollenen Oberleutnants D. Die Zigarrensendung, die einen Wert von etwa 250 000 M. hat, wurde beschlagnahmt. Es besteht der dringende Verdacht, daß an der Fälschung der Lieferscheine und an der ganzen Schiebung eine Reihe von Proviantamts- und Heeresbeamten beteiligt ist. Die weitere Verfolgung ist der Staatsanwaltschaft übergeben worden.

Der Millionenraub in Spandau beschäftigt immer noch die Kriminalpolizei. Wie wir seinerzeit ausführlich berichteten, erbeuteten die Diebe mehr als 20 Millionen rumänische Einzausend-Lei-Noten. Ein Teil dieses Geldes konnte, wie wir ebenfalls mitteilten, wieder herbeigeschafft und mehrere an dem großen Raub Beteiligte festgenommen werden. Kriminal-Oberwachtmeister Busch, Zimmer 88a des Berliner Polizeipräsidiums, der die Ermittlung zur Aufklärung des Millionendiebstahls leitet, gelang es gestern wiederum einen Mann festzunehmen, der bei einer hiesigen Bank versuchte, eine große Anzahl aus diesem Diebstahl herrührende Lei-Noten umzuwechseln. Der Verhaftete will die Scheine von einem Unbekannten gekauft haben, doch ist bereits festgestellt, daß er zur Zeit des Diebstahls in Spandau Soldat

gewesen ist. Wahrscheinlich hat er auch bei dem großen Diebstahl mitgewirkt.

Der Mörder Daßmann, der, wie wir berichteten, seine Geliebte, die Verkäuferin Niewetzki, in dem Buttergeschäft von Davidsohn in der Münzstraße erschoß und dann über die Dächer hinweg entfloh, konnte bisher noch nicht ergriffen werden. Er hält sich jedoch nach den letzten Feststellungen noch in Berlin auf. Er trug jetzt zu seiner grünen Bluse eine schwarze Extrahose, eine Schirmmütze mit rotem Rand und einen hellgrauen, guten Militärmantel.

Lichtenrade. Eine öffentliche Versammlung mit dem Thema: „Was will der Arbeiterturnerbund" (Referent Turngenosse Zellinger-Schöneberg) findet am Montag, abends 8 Uhr, in der Gemeindeturnhalle statt. Anschließend Gründung einer Freien Turnerschaft. Zahlreiches Erscheinen aller Interessenten erwünscht.

Lebensmittelkalender.

Steglitz. Krankenbrot auf Abschnitt 13. Vom 22.—24. September 156 Gr. amerik. Speck (Abschn. G. 19 der Einfuhrkarte). Vom 25. bis 29. September 250 Gr. Marmelade (88), 250 Gramm ausl. Maismehl (83), 290 Gramm ausl. Kartoffelstärkemehl (86). Anmeldungen vom 22.—24. September Abschn. 87 und 88 je 150 Gramm Rubein, Abschn. 89 120 Gramm Haferflocken. Obstverkauf der Gemeinde in den Turnhallen: Planteugenstraße und Heesestraße.

Niederschönhausen. In der Zeit von 22.—28. September 30 Gr. Butter, 70 Gramm Margarine, auf Abschnitt 53 der Ausweiskarten für Kinder bis zu 2 Jahren und 4 Pakete Keks auf Abschnitt 29 der Kriegsbeschädigtenkarte 1 Pfund Sago, auf Abschnitte W. 16 und X. 16 der Einfuhrzusatzkarte je 250 Gramm amerik. Weizenmehl, auf Abschnitt 174 der Lebensmittelkarte 150 Gramm Kartoffelschnitzel und 150 Gramm Kartoffelstärkemehl. An alle Kinder, die im Besitz einer Milchkarte sind, wird ¼ Pfd. Kakao verabfolgt. Die Abgabe erfolgt auf das Mittelstück der Milchkarte. Der Verkauf von Aepfeln wird am Montag, den 22. d. M., vormittags von 9—8 Uhr in den Baracken am Kaiserweg fortgesetzt.

Buchholz. Auf die Abschnitte 73, 74 und 75 der Lebensmittelkarte je 250 Gramm Hülsenfrüchte. Voranmeldungen bis Dienstag. In der Gemeindeverkaufsstelle die Donnerstag Schmierseife auf weiße Lebensmittelkarte, je 1 Pfd. pro Familie. Die Gemeindeverkaufsstelle ist vom Montag ab vormittags von 9—1 Uhr, nachmittags von ½3—½7 Uhr geöffnet.

Bohnsdorf. Auf Abschnitt 80 der Kreislebensmittelkarte 250 Gr. braune Suppenmärkel, auf Abschnitt 81 200 Gramm Graupenmehl, auf Abschnitt 84 250 Gramm Marmelade, auf Abschnitt 88 150 Gramm Sago, auf Abschnitt 90 250 Gramm ausl. Maisfabrikate. Anmeldungen bis einschl. Mittwoch.

Aus den Organisationen.

Vierter Kreis, 20. Abteilung. Dienstag abend 7 Uhr Abteilungsversammlung im Restaurant Schultheiß, Landsberger Straße 6: Vortrag des Gen. Löbicke: Parlamentarismus. Ohne Mitgliedsbuch kein Einlaß.

Vereinskalender.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Kraftfahrer. Dienstag abend 7 Uhr Versammlung aller Kraftfahrer im Gewerkschaftshaus, Saal 4. 1. Vortrag des Koll. Bender: Der Betriebsräte-Gesetzentwurf. 2. Bericht von der Kraftfahrerkonferenz.

Internationaler Bund der Kriegsbeschädigten. Osten I. Montag abends 6 Uhr Bezirksversammlung Schulaula Rigaer Straße 8.

Mieterverein Charlottenburg E. V. Oeffentliche Mieterversammlung Montag, den 22. September, abends 7½ Uhr, in der Aula des Siemens-Realschule, Schloßstraße 27.

Touristen-Verein „Die Naturfreunde". Mittwoch Ortsgruppensitzung in der Aula des Sophien-Realgymnasiums, Weinmeisterstr. 15.

Verantwortlich für die Redaktion Alfred Wielepp, Neukölln. Verlagsgenossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Buchdruckerei und Verlagsgesellschaft m. b. H., Schiffbauerdamm 19

Auch die sauberste Mutter

ist der Gefahr ausgesetzt, daß ihr Kind aus der Schule gelegentlich Ungeziefer mitbringt. — Ungeziefer nebst Nissen — sofort durch Kopf- und Haarwasser Pfeifferol radikal beseitigen. Dabei schäumt unser Haarwasser prächtig, reinigt die Kopfhaut von Schinnen, befördert den Haarwuchs und macht das Haar voll und locker. Flasche 1,75 M. und 2,75 M. überall zu haben.

Parasiten Liniment Pfeifferol, Flasche 1,75 M. u. 2,75 M.
Triceresol-Puder Pfeifferol gegen Flöhe 1,25 M.
Hautcreme Pfeifferol, Tube 2,— M.
Frostcreme Pfeifferol 1,25 M.
Wanzentod Pfeifferol, Flasche 2,— M., 3,50 M. u. 5,— M.

Apotheker Otto Pfeiffer & Viehler, N 65, Schulstr. 17

Theater und Vergnügungen.

Volksbühne. Theater am Bülowplatz. 7½ Uhr: Der Schwarzkünstler.

Opernhaus. 7 Uhr: Tiefland.

Schauspielhaus. 7 Uhr: Judith.

Deutsches Theater. Direktion: Max Reinhardt. 7 Uhr: Faust I.

Kammerspiele. 7 Uhr: Frühlings Erwachen.

Theater i. d. Königgrätzer Straße. 7 Uhr: Kabale u. Liebe. Dienstag: Kameraden. Mittwoch: Kabale u. Liebe.

Komödienhaus. an der Marschallbrücke. 8¼ Uhr: Liselotte von der Pfalz.

Berliner Theater. 8¼ Uhr: Die Dame im Frack.

Lessing-Theater. Direktion: Viktor Barnowsky. 7½ Uhr: Liebe. Dienst.: 7 Uhr: Peer Gynt. Mittwoch 7½ Uhr: Der Schöpfer.

Deutsches Künstler-Theater. Montag bis inkl. Donnerstag 7½ Uhr: Das Schloß am Wannsee.

Residenz-Theater. Untergrundb. Klosterstraße. Täglich 8 Uhr: Das höhere Leben. Nachm. 4 Uhr, kleine Preise: Mittwoch: Rotkäppchen. Sonnabend: Hänsel u. Gretel.

Trianon-Theater. Kl. Friedrichstraße, Nr. 227, 228. Täglich 8 Uhr: Der gute Ruf. Nachm. 4 Uhr, kleine Preise: Mittwoch: Schneewittchen. Sonnabend: Aschenbrödel.

Casino-Theater. Lothringer Str. 37. Tägl. 7½ Uhr: Großstadt-Pflanzen. Volksstück in 3 Akten. Vorher: „Schwarzwaldhütte". Operettenakt mit Viktor Litsek von der Komischen Oper. Dazu erstklassige Spezialitäten. Sonntag 4 Uhr: Mädchenehre.

Rose-Theater. 7½ Uhr: Kleine Sklavin.

Circus Busch. Tägl. 7½. Stgs. 3½ u. 7½ U. Die gr. concentrischen und hippologischen Darbietungen. Ein wirkl. Circus-Progr.!

Theater am Kottbuser Tor. Tel.: Moritzpl. 14814. 7½ Uhr u. Sonntag nachm. 3 Uhr: Elite-Sänger. Solist. Kassl, Kent, Schubert, 6 Schwarzrie. Neues Programm. Großer Lacherfolg. Sonntag nachm. ermäßigte Preise. 1 Kind frei. Nachmittags-Konzert. Beginn 7 Uhr.

Walhalla-Theater. Weinbergsweg. 7½ Uhr: Das Gesetz.

Wintergarten. täglich 7½ Uhr: Varieteevorstellung. Rauchen gestattet.

Vergnügungs-Palast Groß-Berlin. Hasenheide 13/15. Montag ringen: Günter Bordelais (Frankfurt a. M.) gegen Barkowski (Berlin). Der große Entscheidungskampf: Gebhard (Berlin) gegen Stolzenwald (Bitterfeld). Das erste Zusammentreffen der beiden Weltmeister: Iwan Romanoff (Rußland) gegen Karl Kornatz (Deutschland).

Schaubühne Moritzplatz. früher Bugenhagen :: Dir.: Schwarzer Kater. Persönliches Auftreten von Ernst Lubitsch und Ossi Oswalda. Ferner das Riesen-Varieté-Programm. Bier-Restaurant. Sonntags Plätze zum Einheitspreis von 2 Mark. Anfang 8 Uhr.

Unserem Genossen, dem Bezirksleiter Emil Kupkopf nebst Gattin zu ihrem 25jährigen Ehejubiläum die herzlichsten Glückwünsche.
Die Funktionäre der 17. Abt. und Bezirk 272, Teil I u. II.

Morgen, Dienstag nachm. neu!

„Die Tribüne"
Herausgeber Karl Schneidt
Verbot endlich aufgehoben!
Die Ausgabe an Händler erfolgt nachm. von 2 Uhr ab bei allen Grossisten und im Tribüne-Verlag, Zimmerstr. 86, Qugb. pt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Deutscher Holzarbeiter-Verband, Verband der Maler und Lackierer und Verband der Sattler.

Karosserie und Wagenbau.

Montag, den 22. September 1919, abends 7 Uhr, findet im Arbeiterlesesaal des Metallarbeiter-Verbandes, Linienstraße 83/85 eine

Versammlung

aller in der Karosserie und im Wagenbaubetrieb beschäftigten Arbeiter statt.

Tagesordnung:
1. Bericht und Stellungnahme zu unsr. Bewegung.
2. Diskussion.

Es ist unbedingt notwendig, daß jeder Kollege anwesend ist. Die Ortsverwaltungen.

4. Distrikt, Berlin Süd-Ost

Heute Montag findet zwischen 5—8 Uhr die Urwahl für die Distriktsleitung in folgenden Lokalen statt:

Wählisch, Skalitzer Strasse 22
Philipp, Wrangelstrasse 12
Heinæ, Reichenberger Strasse 83
Kessner, Görlitzer Strasse 46
Lier, Naunynstrasse 9
Laser, Lausitzer Strasse 25
Mix, Skalitzer Strasse 59c
Puck, Kottbuser Ufer 62
Engel, Oppelner Strasse 47.

Mitgliedsbuch oder -Karte legitimiert.
i. A.: Rintorf, Adalbertstrasse 76.

Achtung! Achtung!
Ortsverein der U. S. P. D. Neukölln.
Dienstag, den 23. September 1919, abends 7 Uhr, im großen Saal der Alten Hasenheide 13

Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung:
1. Berichterstattung von der Reichskonferenz.
2. Freie Aussprache.
3. Verschiedenes.

Der Vorstand.

U. S. P. D. Wilmersdorf.

Dienstag, den 23. d. Mts., abends 7½ Uhr,

Mitglieder-Versammlung

in der Aula der Cäcilienschule, Nikolsburger Platz (Nähe Untergrundbahnhof Hohenzollernplatz).

Die Internationale und der revolutionäre Sozialismus.

Referent: Genosse Stöcker (Parteivorstand).
Zahlreichen Besuch erwartet
Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin NO 54, Linienstr. 83-85
Geschäftsstelle von 9—4 Uhr.
Telephon: Amt Norden 185, 1319, 1987, 9714.

Mittwoch, den 24. September, abends 7 Uhr

Versammlung

aller in Brauereien beschäftigten Schmiede in Gaefers Festsälen, Weberstraße 17.
Tagesordnung: Unser Tarifvertrag.
Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert das Erscheinen aller Kollegen.

Mittwoch, den 24. September, abends 7½ Uhr

Branchen-Versammlung

der Graveure und Ziseleure im Märkischen Hof, Kommandantenstraße 19a.
Tagesordnung: 1. Stellungnahme zur Reichsarbeitszeitverordnung. 2. Bericht der Tarifkommission. 3. Bericht der Branchenkommission. 4. Beschlußfassung. Mitgliedsbücher sowie Kontrollbücher unbedingt mitbringen.

Achtung! Kollegen! Achtung!
Mittwoch, den 24. September, nachm. 4½ Uhr

Außerord. Bezirks-Versammlung

des Bezirks 23 (Spandau und Umgegend) in der Aula der Oberrealschule Spandau, Moritzstraße.
Tagesordnung: 1. Gleichstellung und Notgemeinschaft in der Metallindustrie. 2. Reorganisation der Berufsgenossenschaft im Bezirk. 3. Verschiedenes.
Pünktliches und zahlreiches Erscheinen ist unbedingt erforderlich.
Die Ortsverwaltung.

Kupfer — Messing — Quecksilber

Platin, Gold, Silber, Metallabfälle u. Altmetalle kaufen:
Peters, Prenzlauer Straße 24.
Peters, Reinickendorfer Straße 12.
Köbes, Waldstraße 3, Ecke Turmstraße.
Ermel, Gubener Straße 39, an der Frankfurter Allee.
Degener, Schöneberg, Bahnstraße 46.
Königstadt 2363

Zentralverband der Angestellten.

Bezirk Groß-Berlin. SW 61, Belle-Alliance-Str. 7-10.
Zentralverband der Handlungsgehilfen. Verband der Büro-Angestellten.

Massenkundgebung!

Hinein in den Zentralverband der Angestellten!
Referent: Kollege Carl Giebel.

Dienstag, den 23. September,
abends 7 Uhr
im großen Saal der Börse, Burgstr.

Kolleginnen! Kollegen!
Sorgt für Massenbesuch!

Die Ortsverwaltungen.
J. A.: Fritz Rogon. Carl Bauer.

Angestellte der „Freiheit" e. G. m. b. H.

Versammlung

aller Angestellten, Arbeiter, Vertrauen und der Jugendlichen in den Sophiensälen, Sophienstraße 17/18.

Abends 8 Uhr Montag, den 22. September 1919 Abends 8 Uhr

Tagesordnung:
1. Ausschußwahlen oder Rätewahlen?
Referent: Genosse Neumann vom Vollzugsrat.
2. Diskussion.

Das Provisorium.
J. A.: M. Böttcher.

FREIHEIT-POSTKARTEN

mit PORTRÄTS der Vorkämpfer des Proletariats
und kurzen biographischen Notizen

Nr. 1: Karl Liebknecht
Nr. 2: Rosa Luxemburg
Nr. 3: Georg Ledebour
Nr. 4: Leo Trotzky
Nr. 5: Gustav Landauer

Weitere Karten sind in Vorbereitung.
Preis jeder Karte 15 Pfennig. Bei Wiederverkäufern hohen Rabatt.
Zu beziehen von der Verlagsgenossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Abteilung Buchhandel / Berlin NW 6 / Schiffbauerdamm 19
Auch durch alle Filial-Expeditionen der „Freiheit".

Rechtsschutz-Detektei „Wahrheit"
Strikter Bundes. Kottbuser Damm 89, Adalbertstraße 3, Neanderstraße 7, Große Frankfurter Straße 10, Neukölln, Emser Straße 89. Ehesachen! Strafsachen! Alimentensachen! Prozeßführung! Letzte Wochenerfolge: 3 Clienten von Diebstahl, gewerbsmäßigem Glücksspiel freigesprochen. Maria W. von Alimenten befreit! Viele Anerkennungen, Dankesagungen! (Aufbewahren!)

Straßenhändler!
„Faun" Nr. 20 erscheint heute. Einzelheft 30 Pfennig. Exped. Berlin SW 47, Kreuzbergstr. 73.

Zu den bedeutend erhöhten Preisen
kaufen jede Menge Platin, Gold, Silber, Münzen, Salpeters, Silber, Quecksilber sowie
sämtliche Metalle
Kupfer, Rotguß, Messing etc., Glühstrumpfasche, Zahnreibsche (Zahn bis 25 Mark).
Edelmetall-Einkaufshütte, Schmelzerei
Weberstraße 31 :: (Abgesandter Gut)

Mittwoch, vorm. 10 Uhr
Versammlung
der entlassenen Kraftfahrer und Arbeiter des Kraftverkehrsamtes im Gewerkschaftshaus, Saal 1, Engelufer.

Sesamriegel, Wo bleibt
Kreuzfuchs,
erleichterte Zahlungsbedingungen
Pelzhaus Abuco,
Leipziger Straße 95.

Kraftfutter spottbillig
für Hühner, Kaninchen, Tauben —.50, Vogelfutter Pfund —.80, optima Taubenfutter, Pfund —.80, sämtliche Tiere billig. Wiederverkäufer billiger. Weidemann, Neukölln, Hobrechtstraße 8, Quergeb. I.

Billige Wohnungen
erzielt man durch
Patent-Schlafmöbel
Verwandelbare Chaiselongues, Bettsofas, Bettcouchs, Bettstühle, Tischbettsofas etc. ansichtig, ohne Kaufzwang bei Nipes & Pauche, Berlin, Oranienstraße 162.

Spiralbohrer,
Metalle, Motore kauft Posten Kleinspierei Charlottenburg, Kaiser-Friedrich-Straße 3.

Kaufe Gummiabfälle
jeder Art zu guten Preisen
R. Nachemstein, Charlottenburg, Windscheidstr. 5.

Elektromotoren kauft
gebrauchte, auch defekte jeder Art
„Moby"
Schöneberg, Vorbergstr. 4. Amt Steglitz 4014. Reparaturanstalt, Ankerwicklerei.

Schreibmaschinen
sichtbare Schrift, erhalten, kauft sofort gegen Kasse. Preis, System und Nummer
Hugo Schroeder,
Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 121. Amt Wilm. 4720.

Elektromotoren
Gleichstrom 1/2 PS Drehstrom kauft
Ingenieurbureau Schiff
Berlin W 9, Linkstr. 16. Tel.: Lützow 3395 und 4075.

Altkupfer, Rotguß, Messing
kaufen zu höchsten Preisen
Gebr. Holzinger, Neukölln, Mariendorfer Weg 79/79. Amt Neukölln 3446/47.

Kupferdrähte
Metalle
Kabel und Litzen
für Auslandsbedarf
kauft Kabelverkauf Joachim, Friedrichstr. 24. Amt Moritzplatz 4882.

Doktor, jur., Diplomvolkswirt, 6jährige Rechtspflege, gründliche Sprechstunden 10—1 (Sonntags vormittags). Kostenlose Kreditberatung. Vertretung in schwierigsten Zivil- und Strafprozessen, Beobachtungen, Ermittelungen, Ehescheidungen, Alimentenklagen, Fürsorgesachen, Unterhaltungsgesuche, Strafaufhebungen, Strafaussetzungen, Haftentlassungsgesuche, erfolglose Testamente, Erbschaftssachen (mündliche Honorar Teilzahlung).

Rechtsrat
Wilmersdorfer Str. 125 (Charlottenburg). Sprechstunden 9—7 (Sonntags 9—2). Prozesse, Straf-, Steuer-, Alimenten-, Vertrauens-, Spez.: Ehescheidungen, Güterrennung. Ratenzahlung kostenlos.